



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 26.09.2011

Beginn: 17:50 Uhr

Ende: 21:00 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele

Herr Stadtrat Aßfalg

Herr Stadtrat Bode

Herr Stadtrat Braig

ab TOP 4

Herr Stadtrat Brenner

Herr Stadtrat Deeng

Frau Stadträtin Drews

Herr Stadtrat Dullenkopf

Herr Stadtrat Funk

Frau Stadträtin Goeth

Herr Stadtrat Hagel

Frau Stadträtin Handtmann

Herr Stadtrat Heinkele

Herr Stadtrat Herzhauser

Frau Stadträtin Kapfer

Herr Stadtrat Keil

Herr Stadtrat Kolesch

ab TOP 13

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Lemli

Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding

Herr Stadtrat Pfender

Herr Stadtrat Rieger

Frau Stadträtin Sonntag

Herr Stadtrat Späh

Herr Stadtrat Walter

Herr Stadtrat Weber

Herr Stadtrat Wiest

Herr Stadtrat Zügel

entschuldigt:

Herr Stadtrat Dr. Compter
Herr Stadtrat Dr. Schmid

Verwaltung:

Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait
Herr Buchmann, Kulturamt
Frau Christ, Stadtplanungsamt
Frau Engelhardt, Kulturamt
Herr Fessler, Rechnungsprüfungsamt
Herr Kopf, Hochbauamt
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Bürgermeister Kuhlmann
Frau Länge, Ordnungsamt
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer
Herr Simon, Hauptamt
Frau Stolz, Schriftführung
Herr Walz, Gebäudemanagement
Herr Erster Bürgermeister Wersch
Herr Wilk, Hochbauamt

ab TOP 4

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Bekanntgabe von nichtöffentlich gefassten Beschlüssen	
	- Vergabe Redaktionsleistung Mitteilungsblatt	129/2011
	- Erweiterung der Hochschule Biberach um den Studiengang "Industrielle Biotechnologie" und Realisierung eines Technologiezentrums	144/2011
3.	Verkehrsrechtliche Regelungen in der Altstadt	149/2011
4.	Räumliches Bildungszentrum (RBZ)/Gestaltung der Freiflächen	154/2011
5.	Bebauungsplan "Sportanlage Stafflangen"	148/2011
	a) Bericht von der Bürgerbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange	
	b) Billigung des Bebauungsplanentwurfes	
6.	Gebäudesanierungskataster – Vorgehen, Angebotseinholung und Beauftragung	128/2011
7.	Feststellung des Jahresabschlusses 2010 und der Ergebnisverwendung des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft	153/2011
8.	Zwischenbericht des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft	157/2011
9.	Jahresabschluss 2009 der Stadt Biberach	131/2011
10.	Bürgerversammlung 2011	156/2011
	- Festsetzung von Termin, Ort und Themen	
11.	Kommunaler Bildungsplan: Sachstände, Vorschläge, Wünsche und Anregungen	121/2011
12.	Ausscheiden von Herrn Hans-Jürgen Dullenkopf aus dem Gemeinderat	141/2011
	- Feststellung über das Vorliegen eines wichtigen Grundes -	
12.1.	Verabschiedung von Stadtrat Hans-Jürgen Dullenkopf aus dem Gemeinderat	
13.	Nachrücken in den Gemeinderat der Stadt Biberach	140/2011
	Feststellung über das Vorliegen von Hinderungsgründen bei Friedrich Kolesch	
13.1.	Verpflichtung von Stadtrat Friedrich Kolesch	
14.	Neubildung von Gremien infolge des Ausscheidens von Herrn Stadtrat Hans-Jürgen Dullenkopf aus dem Gemeinderat	143/2011
15.	Bekanntgabe - Vergabe Wohngebäude Memelstraße	

Die Mitglieder wurden am 15.09.2011 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 22.09.2011 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Bürgerfragestunde

Es sind keine Bürger anwesend, die Fragen stellen möchten.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 149/2011 zur Kenntnisnahme vor.

OB Fettback führt aus, dass die Altstadtsanierung ein geeignetes Verkehrskonzept erfordere. Man sei nicht glücklich mit der bisherigen Situation. Das deutsche Recht sehe entweder eine Bevorzugung des Autofahrers oder des Fußgängers vor. Realität sei jedoch, dass beide in bestimmten Bereichen gleichberechtigt seien. Nun wolle man in einem Pilotprojekt mit der neuen Landesregierung eine sogenannte Begegnungszone auf politischer Schiene voranbringen.

BM Kuhlmann beschreibt die Ausgangslage, dass die Biberacher Innenstadt auch von Besuchern sehr positiv als lebendig und quirlig wahrgenommen werde. Zu bestimmten Zeiten wie beispielsweise an Markttagen existiere ein „Gewusel“, ein ungeordnetes System zwischen Autoverkehr und Fußgängernutzung, das jedoch funktioniere und als Qualität erlebt werde.

Die Rechtslage spiegle dieses Miteinander leider nicht wieder. Entweder lege man eine Zone 30 fest oder definiere eine Spielstraße. Auch der beruhigte Geschäftsbereich mit Tempo 20 treffe die Situation nicht. Dies sei unbefriedigend. Seit einiger Zeit mache man sich daher Gedanken um ein neues Verkehrskonzept, wie es z. B. in skandinavischen Ländern oder der Schweiz bereits existiere. Eine „Begegnungszone“ mache da Sinn, wo es viel Überlagerung gebe und wo gegenseitige Rücksichtnahme Grundprinzip sei. Bereits die vorherige Landesregierung habe die Idee der Begegnungszone unterstützt, sei aber auf Bundesebene abgelehnt worden. Dies wolle man nun in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen als Pilotprojekt voranbringen.

Wichtig sei die Botschaft, dass es noch kein fertiges Modell gebe, sondern dass man über verschiedene Möglichkeiten nachdenke und darüber mit der Landesregierung ins Gespräch kommen wolle.

StR Abele dankt für die Einführung. Man begrüße die frühzeitige Information und spreche sich dafür aus, das Thema weiterzuverfolgen. Glücklicherweise gebe es keinen konkreten Anlass, es sei nichts passiert, vielmehr funktioniere die Beziehung zwischen den Verkehrsteilnehmern. Es bestehe jedoch Konfliktpotential, damit es nicht zu einer Gefährdung der Verkehrsteilnehmer kommt.

StR Keil ist der Meinung, dass es höchste Zeit war, sich der Aufgabenstellung zu widmen. Gewusel habe zwar einerseits etwas Attraktives, kann aber auch für ältere Mitbürger zum Problem werden. Es finde ein Umdenken statt, dass insbesondere Altstädte mit besonderer Vorsicht befahren werden müssen. Es sei weniger die Idee der Gleichberechtigung, sondern eher der Gedanke an Respekt und Rücksicht, der sich durchsetzen sollte. Man hoffe darauf, dass andere Städte dabei mitmachen und sei gespannt auf die Fortschritte.

StR Zügel formuliert seine Haltung als wohlwollende Skepsis. Der beschriebene Zustand sei bereits status quo und das Ziel müsse sein, dies in eine klare Regelung zu fassen mit weniger Regeln, höherer Aufmerksamkeit, mehr Sicherheit. Man befinde sich in einem Spannungsfeld zwischen den Verkehrsteilnehmern, vom Kleinkind bis hin zum Bus und LKW. Die Regelung sollte möglichst für die gesamte Altstadt einheitlich gelten. Die Kommunikation sowohl mit Einheimischen als auch Besuchern sei besonders wichtig. Weiter brauche es eine gute Gestaltung, verständliche Beschilderung, griffige Sprache.

StRin Sonntag begrüßt die Diskussion zu diesem Thema. Mobilität heiße Veränderung, auch im Kopf. Wichtig sei die Information der Bürger. Man sei auf einem guten Weg. Über allem stehe der § 1 der Straßenverkehrsordnung, die Rücksicht aufeinander. Das Pilotprojekt sei geeignet, Lösungen zu finden.

StR Funk lässt wissen, dass keinerlei Problematik an die Fraktion herangetragen wurde. Es habe keine Unfälle gegeben, so dass de facto keine Änderung erforderlich sei. Man könne sich dem Thema annehmen, es dürfe jedoch nicht zu einer Ausweitung von Personal kommen.

OB Fettback wiederholt, dass es sich um einen offenen Prozess handle. Man nehme mit, dass der Gemeinderat überwiegend dafür sei, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Man wolle keinen „shared space“, dies sei ein anderes Modell. Auch wenn es keinen besonderen Anlass gebe, müsse man einmal etwas probieren und nicht ewig zuwarten.

BM Kuhlmann ergänzt, dass keine Stellenanforderungen kommen werden. Man beobachte Veränderungen im öffentlichen Raum und wolle Prozesse anstoßen. Man sei nicht fixiert auf ein Ergebnis.

StR Rieger regt an, die Erfahrungen der anderen Länder, die bereits solche Instrumente haben, abzurufen.

OB Fettback möchte diese Anregung aufnehmen. Man wolle die Situation verbessern, nicht verschlechtern.

Dem Gemeinderat liegen die dieser Niederschrift als **Anlagen 1 und 2** beigefügte Drucksachen Nr. 154/2011 und 154/2011 - 1 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 22.09.2011 und im Jugendparlament am 21.09.2011.

OB Fettback erklärt sich als Verfechter davon, öffentliche Räume auch öffentlich zugänglich zu lassen. Eine Einzäunung sei für ihn eine Kapitulation der Gemeinschaft. Trotzdem wisse er selbstverständlich um die Problematik. Man sei mitten in der Diskussion um die Fortsetzung des Präsenzdienstes, wozu in Kürze eine Vorlage komme. Festzustellen sei, dass die Sicherheitslage sich insgesamt verbessert habe. Der Präsenzdienst würde das Areal mit abdecken. Das Absperren erfolge erst ab 22 Uhr. Damit werde das Problem jedoch nicht gelöst, sondern nur verlagert.

BM Kuhlmann berichtet von der Beratung im Bauausschuss. Der Schulhof sei im Wesentlichen durch Gebäude, Zäune und Hecken quasi abgeschlossen. Man brauche vier Tore, um den Schulhofbereich komplett zu schließen. Die 100-Meter-Bahn habe keine Auswirkung auf das Thema Zaun. Die Frage sei, ob man die Tore gleich baue.

StR Abele hält die Ergänzungsvorlage für einen guten Kompromiss. Der Raum solle grundsätzlich öffentlich zugänglich sein. Die Frage sei, wie lange. Die Zugänglichkeit könne von 6 Uhr morgens bis 22 Uhr abends hergestellt werden. Nachts habe man die genannten Probleme. Man könne sich auch vorstellen, zunächst offen zu lassen und abzuwarten, wie sich die Situation entwickle.

StR Keil meint, die Ziffer 1 sei ein Versuch, eine salomonische Lösung zu finden. Das Schulgelände stelle eine Chance dar, Bürgern und vor allem Kindern einen Raum zu bieten, den sie auch außerhalb der Schulzeit nutzen können. Dementsprechend müsse er auch gestaltet werden. Ähnliche Diskussionen habe es auch bei der Gaisental-Schule gegeben. Die SPD schlage einen Versuch vor, zwei Jahre auf das Abschließen zu verzichten. Dickes Lob verdiene die Verwaltung für die Gestaltung. Das Wichtigste für den Bau der 100-Meter-Bahn sei, dass sie gebaut werde, weniger wo sie gebaut werde.

Die Fraktion bitte um getrennte Abstimmung der Beschlussanträge.

StR Heinkele lobt die hervorragende Planung. Viele Aspekte aus den vorangegangenen Diskussionen seien aufgenommen worden. Man halte eine Öffnung des Schulhofes für 24 Stunden nicht für erforderlich. Die nächtlichen Probleme könne man ausschließen. Den Beschlussanträgen stimme man daher zu. Die Überdachung der Fahrradstellplätze könne bei Bedarf nachgerüstet werden.

StR Sonntag bedauert, dass ein öffentlicher Raum nicht mehr öffentlich genutzt werden könne. Das „Abschließen bei Bedarf“ bestimme die Schule, so dass es schwierig werde, während der Schulzeit und am Wochenende für Bürger zu öffnen. Wünschenswert sei eine attraktive Nutzung wie bei der Malischule, der rundum zugänglich sei.

StR Braig ist der Meinung, dass der Hausherr, also die Schule, die Möglichkeit haben müsse zu sanktionieren. Ansonsten sei dies verdrehte Ordnungspolitik.

OB Fettback stellt klar, dass der Schulträger, also die Stadt, für die Öffnung außerhalb der Schulzeiten, also abends, am Wochenende, in den Ferien, zuständig sei. Man schaffe vielleicht einen zusätzlichen Raum mit Problemen, aber nicht zwingend. Seiner Meinung nach hätte man auf die Überdachung der Fahrradplätze verzichten können. Es gebe die Idee, den Schulhof im Rahmen eines Projektes mit Schülern und Künstlern zu gestalten.

StR Herzhauser erkundigt sich nach der Beleuchtung der Freiflächen.

Frau Christ antwortet, dass diese noch nicht im Detail geplant sei, jedoch auf jeden Fall im Hof und im Vorbereich stattfinden.

Es folgt die Abstimmung. Der Ziffer 1 wird mit 10 Gegenstimmen und restlichen Ja-Stimmen zugestimmt. Ziffer 2 wird einstimmig so beschlossen. Die Ziffer 3 erhält bei mehrheitlicher Zustimmung 11 Gegenstimmen und eine Enthaltung.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Das Schulgelände ist öffentlich zugänglich, wird vollständig eingezäunt und bei Bedarf abgeschlossen.**
- 2. Der Entwurfsplanung für die Gestaltung der Freiflächen des Räumlichen Bildungszentrums wird zugestimmt.**
- 3. Die 100 m Bahn wird an den Standort Adenauerallee verlagert.**

TOP 5 Bebauungsplan "Sportanlage Stafflangen"
**a) Bericht von der Bürgerbeteiligung und der Beteiligung der Träger
öffentlicher Belange**
b) Billigung des Bebauungsplanentwurfes

148/2011

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 148/2011 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 22.09.2011.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Bebauungsplan "Sportanlage Stafflangen" wird zur öffentlichen Auslegung gebilligt. Maßgebend ist der Plan Nr. 903/51 Index 1 vom 30.08.2011.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 128/2011 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 19.09.2011 und im Bauausschuss am 22.09.2011.

Herr Walz führt aus, dass sich Gemeinderat und Verwaltung einig seien, ein Gebäudesanierungskataster zu erstellen. Der Vorschlag sei, sich auf die wesentlichen Kostentreiber zu konzentrieren. Dies seien von 186 Gebäuden 18 Gebäude, die man in einem detaillierten Verfahren in das Kataster aufnehmen wolle, einschließlich Aufnahme der Planunterlagen auf CAD. Diese Leistung wolle man ausschreiben. Man rechne mit ca. 75.000 € an Kosten.

Neu sei eine Zuschussmöglichkeit, die man beantragen wolle. Aus dem derzeitigen Gebäudewiederbeschaffungswert von rund 240 Millionen Euro leite man einen Unterhaltungsaufwand in Höhe von 2,9 Mio ab.

StR Hagel begrüßt das Kataster als wichtige Entscheidungsgrundlage für Maßnahmen wie Sanierungen, Dringlichkeiten, Verkäufe. Die Erstellung könne nicht selbst geleistet werden und müsse deshalb vergeben werden. Der finanzielle Rahmen sei angemessen. Man lege Wert auf die Information, zu welchen Konditionen vergeben werde. Die Herangehensweise sei grundsätzlich richtig, jedoch behalte sich der Gemeinderat vor, gegebenenfalls aus politischen Gründen von der angezeigten Rangfolge abzuweichen. Den genannten Sanierungsbedarf halte man für vorsichtig geschätzt. Er danke für die gute Vorlage und freue sich auf die sanierten Objekte.

StRin Kübler erinnert, dass die SPD aufgrund der Sanierungsstauproblematik das Kataster eingefordert habe. Nun liege es vor und es werde deutlich, wie überfällig dies war. Das aufgezeigte Verfahren geht in die richtige Richtung und müsse zügig umgesetzt werden. Mit dem jährlichen Bedarf sei man einverstanden. Man stimme der Vorlage zu und bedanke sich für die Vorlage.

StR Heinkele schließt sich dem Dank an. Sinnvoll sei die CAD-Aufnahme. Von 186 Kostentreibern seien nur 18 untersucht, was bedeute, dass man noch viel vor sich habe. Im geplanten Unterhaltungsaufwand sei der Nachhofbedarf nicht berücksichtigt. Ebenso fehlten die erhöhten Reparaturkosten im 4. Jahrzehnt eines Gebäudes. Mit der Doppik kämen dann auch noch die zu erwirtschaftenden Abschreibungen hinzu. Daraus werde klar, dass man sich künftig auch mit dem Abstoßen von Gebäuden beschäftigen müsse.

StR Späh sieht im Kataster eine gute Möglichkeit, eine Systematik bei den Sanierungsbeschlüssen zu entwickeln. Besonders wichtig sei den Grünen der ökologische Aspekt und die energetische Sanierung. Damit seien auch Einsparungen verbunden. Den Vorrednern stimme er zu, dass der Nachhofbedarf on top dazukomme.

StR Funk signalisiert Zustimmung, zeigt sich aber mit dem Zustand nicht zufrieden. An den Themen Kanäle, Straßen und Gebäude habe man sich bereits zu Zeiten von EBM Loth abgearbeitet. Jetzt gehe es um die Gebäude. Den Wiederbeschaffungswert sehe man eher bei 400 Millionen als bei 240 Millionen. Der unterste Wert für Wertverzehr sei 2 %, d. h. 8 Millionen. Er bitte die Verwaltung zeitnah zu signalisieren, wie diese 8 Millionen finanziert werden können. Langsam bekomme man einen Überblick. Derzeit erhöhe man den Sanierungsstau, anstatt ihn abzubauen. Somit

werde die FDP kritisch jede weitere Stelle oder Maßnahme beäugen, solange keine Kompensation angeboten werde.

OB Fettback hält die Frage der Kompensation für berechtigt. Es gebe ein Straßenkataster, an dem man sich abarbeite. Im kommenden Jahr seien dafür mehr Mittel als jemals zuvor vorgesehen. Es gelte aber selbstverständlich, davon abweichend auch politische Entscheidungen treffen zu können. Mit der Doppik komme unbestritten einiges auf die Verwaltung zu. Aber man nähere sich Schritt für Schritt.

EBM Wersch antwortet, dass der Betrag von 8 Millionen Euro im Moment nicht zu beantworten sei, da noch nicht alle Daten vorlägen. Auf jeden Fall gebe es einen limitierenden Faktor, nämlich das Personal. Man könne unabhängig von Zahlen nur so viel leisten wie Personal vorhanden sei.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt für die in Anlage 2 der Drucksache Nr. 128/2011 aufgeführten Objekte mit der dargestellten Prioritätensetzung Angebote zur Gebäudesanierungsaufnahme und zur CAD-Erfassung einzuholen und im Rahmen der Zuständigkeit zu vergeben.**
- 2. Der überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 75.000 € auf der Haushaltsstelle 1.0630.584400.7 wird zugestimmt. Die Deckung ist gewährleistet über die Deckungsreserve.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 153/2011 zur Beschlussfassung vor.

EBM Wersch dankt dem Rechnungsprüfungsamt für die Prüfung und den Mitarbeitern des Eigenbetriebes für die geleistete Arbeit. Der Eigenbetrieb laufe gut, man habe Wertstabilität oder gar Wertsteigerung für den Gebäudebestand erreicht. Das Modernisierungsprogramm wolle man so fortsetzen. Unattraktive Gebäude wolle man veräußern, wie die Karl-Müller-Straße. Insgesamt wolle man aber die Zahl der Wohneinheiten halten, was man mit neuen Wohnungen in der Waldseer Straße und der Jugendkunstschule erreicht habe. Gesellschaftliche Bedürfnisse wolle man dabei berücksichtigen. Der Jahresabschluss 2010 sei ein weiterer Baustein, dass dies gelinge.

StR Hagel spricht sein Kompliment für das gute Ergebnis aus. Eine Eigenkapitalrendite von 10 Prozent sei beachtlich. Gelungenes Beispiel für Sanierung sei die Waldseer Straße 45. Dies rechne sich. Der Vorlage stimme man zu.

StRin Kübler zeigt sich erfreut über die positive Bilanz. Mit der Einrichtung des Eigenbetriebes sei der erhoffte Erfolg eingetreten. Höhere Transparenz sei gegeben. Die Zahlen seien durchweg positiv zu bewerten. Die Sanierungsergebnisse könnten sich sehen lassen. Besonders freue der hohe energetische Anteil bei den Sanierungen. Es gebe kein schöneres Dankeschön als die Zufriedenheit der Mieter.

StR Zügel bescheinigt dem Eigenbetrieb, dass alles im grünen Bereich laufe. Fragen habe er zu Seite 15, wie auf den Strombetrug reagiert wurde, zu Seite 16, ob der Brandschaden zu 100 % ersetzt worden sei und zur Festsetzung der Abschreibungsdauer für geringwertige Wirtschaftsgüter. Diese könnte man auch kürzer fassen. Wichtiger sei ihm aber die Frage, wie mit Zwingergasse 10 und 12 umgegangen werde.

StR Späh schließt sich den lobenden Worten der Vorredner an. Der ökologische Aspekt sei positiv.

StR Funk spricht ebenfalls ein Lob an den Eigenbetrieb aus. Den Zahlen zur Rendite könne er jedoch nicht folgen. Gewollt sei eine andere Transparenz bei den Zahlen. Er beziehe sich auf Seite 28. Es müsse ankommen, dass eine Sanierung sich rechne. Dazu gehöre als Ausgangswert der Verkaufswert. Das zweite sei eine Ertragsrechnung. Bei der Abschreibungsdauer müsse erklärt werden, weshalb einmal 30, ein andermal 40 Jahre angesetzt werde. Zuletzt, wie die Amortisation gerechnet werde. Dann könne man nachvollziehen, ob richtig gerechnet wurde. Im Zweifel entscheide man sich dann auch für einen Verkauf oder Abbruch.

EBM Wersch sagt zu, diese Zahlen zu liefern. Verkäufen stehe er grundsätzlich nicht entgegen, aber erstes Ziel sei Wohnungsbestand zu halten und weiterzuentwickeln. Auf die Frage von StR Zügel nach den Gebäuden in der Zwingergasse gibt EBM Wersch an, das Vorgehen mit der Stadtplanung abstimmen zu wollen.

Frau Spieler antwortet auf die weiteren Fragen, dass der Strombetrug entdeckt und Strafanzeige gestellt wurde, jedoch keine Aussicht auf Erfolg bestehe, da die Verursacher mittellos seien. Im Brandschadensfall habe die Versicherung bezahlt.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Aufgrund § 16 des Gesetzes über Eigenbetriebe der Gemeinden (Eigenbetriebsgesetz – EigBG) in der Fassung vom 4. Mai 2009 (Gesetzblatt Seite 185) wird der Jahresabschluss 2010 wie folgt festgestellt:

1. Feststellung des Jahresabschlusses

1.1 Bilanzsumme 9.527.275,99 €

1.1.1 davon entfallen auf die Aktivseite auf

das Anlagevermögen 6.598.930,43 €

das Umlaufvermögen 2.920.112,55 €

die Rechnungsabgrenzungsposten 8.233,01 €

1.1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf

das Eigenkapital - Rücklagen 6.205.479,13 €

die Rückstellungen 12.805,00 €

die Verbindlichkeiten 2.623.832,20 €

die Rechnungsabgrenzungsposten 20.517,62 €

1.2 Jahresgewinn 664.642,04 €

1.2.1 Summe der Erträge 1.922.368,63 €

1.2.2 Summe der Aufwendungen 1.257.726,59 €

2. Verwendung des Jahresgewinns

Der Jahresgewinn von 664.642,04 €
wird den Ergebnismrücklagen zugeführt und auf
die neue Rechnung vorgetragen.

3. Entlastung der Betriebsleitung

Die Betriebsleitung des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft Biberach wird für das Wirtschaftsjahr 2010 entlastet.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 157/2011 zur Information vor.

EBM Wersch schlägt vor, den erst kurzfristig nachgereichten Zwischenbericht als Lektüre mitzugeben. Für Fragen stehe man in der nächsten Sitzung zur Verfügung.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 131/2011 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 19.09.2011.

OB Fettback führt aus, dass man das Krisenjahr 2009 gut gemeistert habe. Dies zeige, dass man richtig und vorsichtig geplant habe. Man verweise auf die Vorlage.

StR Wiest stellt heraus, dass man seit vielen Jahren erstmals weniger Gewerbesteuer eingenommen habe als geplant, es hätte aber schlimmer kommen können. Die Risikovorsorge habe sich ausgezahlt. Man habe Stellschrauben eingebaut, die zu deutlicher Entlastung geführt hätten, ohne die Bürger merklich zu treffen. Man lebe auf hohem Niveau, was 50 bis 55 Millionen Euro allein zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes zeigten. Wichtig sei die nachhaltige Rücklagenbildung. Man habe ein großes Investitionsprogramm vor, müsse aber die Folgekosten berücksichtigen. Für kommende Haushalte bedeute dies „maßhalten“. Die Doppik werde noch deutlicher vor Augen führen, welche Folgekosten Investitionen nach sich zögen. Im Risikobericht erkenne man keine substantiellen Risiken. Bezüglich der Beteiligungssteuerung, die intensiviert werden solle, sei man gespannt, wie sich die Verwaltung vorstelle.

StR Wiest dankt für den umfassenden Bericht, der die inneren Zusammenhänge verdeutliche. Den Beschlussanträgen stimme man zu.

StRin Kübler meint, dass der Jahresabschluss ein Beispiel dafür sei, dass man die Erwartung an Gewerbesteuereinnahmen nicht zu hoch hängen sollte. Die Verwaltung sei umsichtig vorgegangen. Die Rücklagen seien beruhigend. Die wichtige Funktion der örtlichen Prüfung werde an den Verbesserungsvorschlägen deutlich. Auf Seite 9 werde auf die geringeren Portokosten hingewiesen. Man störe sich daran, weil man wisse, welche prekären Arbeitsverhältnisse dahinter stünden. Hier müsse die Verwaltung genauer hinsehen. Ansonsten stimme die Fraktion der Vorlage zu und bedanke sich bei Frau Leonhardt.

StRin Goeth hält fest, dass Biberach mit einem blauen Auge davon gekommen sei. Steuerrückgang hätte kompensiert werden können. Rücklagen seien eminent wichtig. Die Fraktion sehe sich bestätigt in der ablehnenden Haltung gegenüber manchen Beschlüssen der Klausurtagung. Die Rücklagen würden aufgebraucht. Aufgrund der im Risikobericht angesprochenen Probleme bei den Stadtwerken und bei e.wa riss müssten eigentlich die Alarmglocken schrillen. Man wolle nicht schwarzmalen, aber man wolle solide Verhältnisse.

OB Fettback relativiert, dass die Probleme für die Stadtwerke daher resultierten, dass man ganz bewusst verlustreiche Aufgaben wie Bäder und Tiefgaragen auf die Stadtwerke übertragen habe.

StR Späh erinnert, dass man sich bei Übergabe der Tiefgaragen nicht bewusst gewesen sei, wie risikobehaftet diese in ihrer baulichen Substanz waren. Deshalb sei es selbstverständlich, dass man die Abmängel mittrage. Die großen Brocken seien jedoch langsam abgearbeitet. Dank und Zustimmung für die Vorlage.

StR Funk greift die Zahl 4, 5 Millionen Darlehen an die Stadtwerke heraus. Woanders seien die Finanzen zusammengebrochen, während Biberach in der Lage war, einen solchen Betrag zu geben. Wichtig sei die Risikobetrachtung. Darin seien Positionen enthalten, die die FDP schon lange

fordere: Beteiligungscontrolling, Ist-Einnahmen der Gewerbesteuer darstellen, Einnahmenseite im Haushalt nicht vernachlässigen, hohe Fremdbestimmung der Ausgaben, Werteverzehr ist zu erwirtschaften. Er fragt, in welchem Zeitraum der Betrag von 28,7 Millionen Euro an die Stadtwerke geflossen sei. Die Beteiligungssteuerung müsse intensiviert werden. Es gehe darum, zu wissen, welche Mittel wofür benötigt werden.

StR Zügel wehrt sich dagegen, den Risikobericht als wesentlichen Bestandteil der Vorlage klein zu reden. Man messe ihm hohe Bedeutung bei. Deshalb weise man kritisch darauf hin, dass die beschlossenen Investitionen die Folgekosten in die Höhe treiben werden. Zahlen seien unbestechlich.

OB Fettback fasst zusammen, dass Risikovorsorge wichtig sei. Das Beteiligungsmanagement wolle man ausbauen und verbessern. Es dürfe nicht passieren, dass man Parallelstrukturen schaffe und Verantwortlichkeiten verschiebe. Verantwortlich seien der Geschäftsführer und der Aufsichtsrat. Die Gesellschafterin könne Schlüssigkeitsprüfungen machen um die Lage zu beurteilen.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Gemeinderat stimmt der Übertragung von Haushaltsmitteln ins Jahr 2010 im Verwaltungshaushalt mit 2.444.867,82 (HAR) sowie im Vermögenshaushalt mit 112.345,00 € (HER) und 14.263.828,61 € (HAR) entsprechend der Anlage 2 zum Rechenschaftsbericht zu.**
- 2. Der Gemeinderat stimmt nachträglich den folgenden überplanmäßigen Ausgaben zu:**
 - bei der HHSt. 1.1100.673000.7 (EDV-/Kopierkosten Ordnungsamt) in Höhe von 31.164,33 €
 - bei der HHSt. 1.3212.700000.3 (Abmangel Wieland-Stiftung) in Höhe von 58.514,60 €
 - bei der HHSt. 1.6300.611100.5 (Stromkosten für Straßenbeleuchtung) in Höhe von 53.691,81 €
 - bei der HHSt. 1.9000.831000.2 (FAG-Umlage) in Höhe von 227.545,80 €
 - bei der HHSt. 1.9100.860000.7 (Zuführung an den Vermögenshaushalt) in Höhe von 2.581.929,19 €
 - bei der HHSt. 2.9100.926000.9 - 900 (Darlehen an EB Stadtentwässerung) in Höhe von 1.500.000,00 €
 - bei der HHSt. 2.9100.927000.5-900 (Darlehen an Stadtwerke) in Höhe von 4.500.000,00 €
 - beim Deckungskreis 1.6300.512000.0 (Unterhaltung Straßen) in Höhe von 77.360,83 €
- 3. Die Jahresrechnung 2009 der Stadt Biberach wird nach § 95 Abs. 2 GemO vom Gemeinderat endgültig festgestellt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 156/2011 zur Beschlussfassung vor.

OB Fettback erläutert, dass man das Thema Lärmaktionsplanung vorstellen wolle.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Am 27. Oktober 2011 findet um 19 Uhr im Hans-Liebherr-Saal der Stadthalle eine Bürgerversammlung mit folgender Tagesordnung statt:

- 1. Aktuelle Informationen des Oberbürgermeisters**
- 2. Lärmaktionsplanung – Vorstellung des aktuellen Stands und des weiteren Verfahrens**
- 3. Bürger fragen – die Verwaltung antwortet**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 121/2011 zur Information vor.

OB Fettback schickt voraus, dass man ein Förderprogramm in Höhe von 30.000 Euro auflegen wolle. Vorschlag sei das „Heilbronner Modell“. Wenn ein Bildungsträger eine Kooperation anbiete, könne es bis zu 3.000 Euro dafür geben. Das Modell sei ganz einfach und Heilbronn zeige, dass es funktioniere.

Herr Dr. Riedlbauer beschreibt, dass die Entwicklung des Bildungsplanes zurückreiche in das Jahr 2009. Es habe 7 Sitzungen mit Bildungsträgern gegeben. Es gehe um lebensbegleitende kommunale Bildungsarbeit. Wichtig sei, bereits vorhandene Angebote und Ressourcen zu bündeln, aufeinander abzustimmen und einen Pool zu bilden. Mit einer Fragebogenaktion habe man erfasst, was es bereits gebe und was fehle. Nun habe man eine Materialsammlung vorgelegt, die noch nicht endgültig bewertet sei. Der Bildungsplan sei „work in progress“.

StR Hagel nimmt die Information wohlwollend zur Kenntnis. Die Vorschläge seien Grundlage für weitere Diskussionen. Man sei offen und freue sich auf pragmatische Weiterentwicklung.

StRin Drews dankt für die Informationsvorlage. Die Einrichtungen stellten bereits ein reichhaltiges Angebot für alle Lernwilligen bereit. Die Optimierung sei umso wertvoller. Dazu brauche es verlässliche Partner. Die Frage sei, wer die Koordination übernehme. Persönlich fehle ihr der Anteil der Bewegungserziehung. Auf die Fortsetzung des Bildungsplanes sei man gespannt und wünsche gutes Gelingen.

StRin Goeth stellt fest, dass sich in den Schulen viel verändert habe. Man unterrichte ganzheitlich und fächerübergreifend. Mit dem Bildungsplan gehe man noch weiter. Dadurch werde man vernetzt und die Scheuklappen fallen. Wichtig sei, die Angebote durchlässig zu gestalten. Den Schülern sollte in ihrer Freizeit nicht nur weiterer Lernstoff geboten werden, sondern Themen aus der Lebenswirklichkeit. Dazu sollte man die Schüler an den Gesprächen beteiligen.

StR Späh sieht den Bildungsplan positiv. Es gebe eine Fülle von Angeboten und neuen Vorschlägen, die konkretisiert werden müssten. 30.000 Euro sei gut angelegtes Geld. Die Frage sei, ob der Landkreis beteiligt sei im Rahmen des Landesbildungsplanes. Er erkundigt sich, ob die Bildungsmesse stattfindet und wie diese mit dem Kommunalen Bildungsplan zusammenhänge.

OB Fettback antwortet auf die Fragen, dass Stadt und Bildungsträger sowie Eltern zusammenarbeiten müssten. Man mache also weiter, aber pragmatisch. Das Heilbronner Modell sei dadurch Mittel zum Zweck, denn nun müssten die Bildungsträger kommen. Der Landkreis bezuschusst die sogenannte Bildungsregion. Herr Dr. Riedlbauer sitze in der Lenkungsgruppe.

Herr Dr. Riedlbauer informiert, dass der Landesbildungsplan Standards vorschreibe. Der Kommunale Bildungsplan mache dies nicht. Man entwickle pragmatische Angebote. Zur Bildungsmesse gebe es erfreulich viele Anmeldungen. Es gebe Gespräche, Vorträge, Podiumsdiskussionen.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Unterbrechung der Gemeinderatssitzung von 20.10 Uhr bis 20.20 Uhr für die Sitzung des Gemeinderats in Stiftungssachen Hospital.

**TOP 12 Ausscheiden von Herrn Hans-Jürgen Dullenkopf aus dem Gemeinderat
- Feststellung über das Vorliegen eines wichtigen Grundes -**

141/2011

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 141/2011 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 19.09.2011.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Antrag von Herrn Hans-Jürgen Dullenkopf, zum 26.09.2011 aus dem Gemeinderat der Stadt Biberach auszuschneiden, wird entsprochen.

TOP 12.1 Verabschiedung von Stadtrat Hans-Jürgen Dullenkopf aus dem Gemeinderat

OB Fettback unterstreicht die Bedeutung von Hans-Jürgen Dullenkopf als Urgestein der CDU-Fraktion. Als Fraktionsvorsitzendem sei es ihm immer gut gelungen, die vielfältigen Meinungen zusammenzubringen. Seine Autorität innerhalb der Fraktion sei zu spüren. Zu erwähnen sei neben der gemeinderätlichen Arbeit das langjährige Engagement für den Kreistag und für die TG Biberach.

Herr Dullenkopf habe bereits zahlreiche Ehrungen bekommen, zuletzt die goldenen Ehrennadeln des Städte- und Gemeindetages für 30 Jahre Ratstätigkeit. Dies sei erst ein Jahr her. Zum heutigen Abschied habe der Ältestenrat beschlossen, im Anschluss an die Sitzung ihm zu Ehren einen Empfang zu geben.

Als vor einem Jahr die Leistungen gewürdigt worden seien, seien Begriffe wie scharfsinnig, ironisch, aber auch zynisch gefallen. Zynisch sei Herr Dullenkopf jedoch nur in der Sache gewesen. Dies gehöre zum politischen Klavier und man müsse so etwas aushalten. Der Schwerpunkt seiner Arbeit sei auf der Homepage nachzulesen: „Ganz jung und ganz alt benötigen unsere besondere Aufmerksamkeit.“ Von Anfang an, also sieben Amtsperioden, sei er im Hospitalrat aktiv gewesen, weil ihm Junge und Alte ein Anliegen waren. Zum Hauptausschuss gehöre er seit fünf Amtsperioden. Letztlich gehe es ihm um die Grundbedürfnisse der Menschen. Aus seiner Sicht passe dazu auch das Engagement bei den Stadtwerken. Beim Thema Wasser sei Herr Dullenkopf immer auf den Plan getreten.

In 31 Jahren sei mit, wegen und trotz Herrn Dullenkopf Unvorstellbares erreicht worden. Stichworte gebe es von Stadtteilhaus bis Jugendhaus. Bemerkenswert sei, dass er sich bis zur letzten Minute voll eingebracht habe. Er sei ein konsequenter Kopf, der sich nicht verbiegen lassen habe. Dazu gehöre auch, dass er konsequent seine Ankündigung, mit 66 Jahren Schluss zu machen, umsetze. Er sei überzeugt, dass er auch in Zukunft schaffen werde, was er sich vorgenommen habe.

OB Fettback überreicht als Geschenk die Fotoalben aus der Gemeinderatszeit, ein Navigationsgerät sowie einen Restaurantgutschein.

Es wird applaudiert.

StR Abele erinnert, dass seine und die Wege von Herrn Dullenkopf sich erst 1992 gekreuzt hätten, als er in die CDU eingetreten sei. Über die Zeit vorher wolle er sich nicht auslassen, da er sich nicht auf Glatteis begeben wolle. Bekanntlich liebe Dullenkopf es, exakte Daten und Sachverhalte auch weit aus der Vergangenheit in einen Kontext zu bringen oder zu korrigieren. Es sei nicht einfach, eine große Fraktion zu führen. Ihm sei es jedoch gelungen, die Fraktion zu einigen. Hinter der manchmal schrulligen Art stecke ein messerscharf denkender, sympathischer Mensch mit feinem Humor. Er habe damit oft erreicht, die anderen zum Denken anzustoßen. Wenn es keinen Kompromiss gab, habe er die Mehrheitsmeinung sachlich vorgetragen. Die gesprochenen Worte waren mit Bedacht gewählt. Was Herr Dullenkopf angepackt habe, habe er mit Konsequenz verfolgt. Dafür habe er viel auf sich genommen, und dies bis zum letzten Tag. Mit Dullenkopf verlasse ein wandelndes Archiv für die Stadt die Fraktion. Für die CDU Fraktion sage er ein herzliches Vergeltsgott. Er habe die Latte hochgelegt, an der man sich zu messen habe.

Es wird applaudiert.

StR Dullenkopf versichert, dass er nicht verlegen sei, denn er vertrage eine Menge Lob.

31 Jahre Gemeinderat habe eine persönliche, eine zeitliche und eine kommunalpolitische Dimension. Mit 34 Jahren sei er in den Gemeinderat gekommen, nun sei er im 67. Lebensjahr. Seine Söhne seien damals 7 und 11 Jahre gewesen, heute 39 und 43 und beruflich erfolgreich. Jeder, der Familie hätte, könne ermessen, was in diesem Zeitraum passiere.

Die zeitliche Belastung sei nicht die Zeit, die man in Sitzungen verbringe, sondern das, was nebenher laufe. Wochenenden und Tausende von Stunden, die er auf der Straße verbracht habe, weil er im Gemeinderat sein wollte.

Die kommunalpolitische Dimension werde sichtbar am Beispiel Kirchplatz. 1980 habe man neue Platten gelegt. Jetzt gebe es dort gerade wieder eine Baustelle, weil neue Platten gelegt würden. In der Bürgerturmstraße sei normaler Autoverkehr durchgegangen. Die Bad- und Waschanstalt sei noch eine Sauna gewesen. Im Roten Bau hätten noch alte Menschen gewohnt.

Die CDU-Fraktion habe die absolute Mehrheit gehabt. Damals sei noch kontroverser diskutiert worden als heute. Viele seien bereits gestorben, die mit ihm im Gremium waren. Die Fraktion sei wie eine große Familie gewesen. Man habe traditionell klasse Veranstaltungen und Reisen organisiert.

Er wünsche dem Gemeinderat, dass er sich vor Augen halte, dass man nicht für das persönliche Wohl oder für die Fraktion, sondern für die Einwohner der Stadt Biberach das Beste heraushole.

Es wird applaudiert.

**TOP 13 Nachrücken in den Gemeinderat der Stadt Biberach
Feststellung über das Vorliegen von Hinderungsgründen bei Friedrich
Kolesch**

140/2011

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 140/2011 zur Beschlussfassung vor.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Es wird nach § 29 Abs. 5 der Gemeindeordnung (GemO) festgestellt, dass bei Herrn Friedrich Kolesch kein Hinderungsgrund für den Eintritt in den Gemeinderat der Stadt Biberach vorliegt.

TOP 13.1 Verpflichtung von Stadtrat Friedrich Kolesch

OB Fettback spricht die Verpflichtungsformel, die Herr Friedrich Kolesch nachspricht.

Es wird applaudiert.

OB Fettback heißt StR Kolesch willkommen. Es sei ein Wiederkommen, da Herr Kolesch bereits im Gremium gewesen sei. Er sei ein kluger Kopf, der Sachverhalte schnell erfasse und der knallhart diskutiere, aber nie unter der Gürtellinie. Trotz mancher Zeitungsberichte habe er nie das Gefühl gehabt, dass StR Kolesch die Verwaltung vorführen wollte. Er wolle gerne anknüpfen wo man aufgehört habe.

**TOP 14 Neubildung von Gremien infolge des Ausscheidens von Herrn Stadtrat
Hans-Jürgen Dullenkopf aus dem Gemeinderat**

143/2011

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 143/2011 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 19.09.2011.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1.1 Infolge des Ausscheidens von Herrn Dullenkopf aus dem Gemeinderat sind Gremien neu zu bilden. Für die CDU-Fraktion werden folgende ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder bestellt:

Gremium	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
Hauptausschuss	Tom Abele Hans Aßfalg Hubert Hagel Johannes Walter Edmund Wiest	Hans-Peter Brenner Otto Deeng, Elke Handtman Walter Herzhauser Friedrich Kolesch Herbert Pfender
Bauausschuss	Hans-Peter Brenner Otto Deeng, Walter Herzhauser Friedrich Kolesch Herbert Pfender	Tom Abele, Hans Aßfalg Hubert Hagel Elke Handtmann Johannes Walter, Edmund Wiest
Hospitalrat	Hans Aßfalg Otto Deeng Elke Handtmann Johannes Walter Edmund Wiest	Tom Abele Hans-Peter Brenner Hubert Hagel Walter Herzhauser Friedrich Kolesch Herbert Pfender
Umlegungsaus- schuss	Tom Abele Hans Aßfalg Otto Deeng,	Hans-Peter Brenner Hubert Hagel Elke Handtmann Walter Herzhauser Friedrich Kolesch Herbert Pfender Johannes Walter Edmund Wiest
Integrationsaus- schuss	Tom Abele Hubert Hagel Walter Herzhauser Johannes Walter Edmund Wiest	Hans Aßfalg Hans-Peter Brenner Otto Deeng Elke Handtmann Friedrich Kolesch Herbert Pfender

Gemeinsamer Ausschuss Verwaltungsgemeinschaft Biberach	Tom Abele Hans Aßfalg Otto Deeng Walter Herzhauser Friedrich Kolesch Edmund Wiest	Hans-Peter Brenner Hubert Hagel Elke Handtmann Herbert Pfender Johannes Walter
Verbandsversammlung AZV Riss	Tom Abele Hans-Peter Brenner Otto Deeng Friedrich Kolesch	Hans Aßfalg Herbert Pfender Johannes Walter Edmund Wiest
Kuratorium Wie-land-Stiftung	Tom Abele Herbert Pfender Edmund Wiest	
Arbeitsgruppe Kindergartenentwicklung	Johannes Walter	Tom Abele
Geheimbeirat	Tom Abele	

- 1.2 Die übrigen ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder werden wiederbestellt.
2. Die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Biberach GmbH wird beauftragt, in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Biberach GmbH anstelle von Stadtrat Hans-Jürgen Dullenkopf, Stadtrat Friedrich Kolesch zu wählen.
3. Zur Wahl in den Aufsichtsrat der e.wa riss GmbH & Co. KG wird für die Stadt Biberach bzw. die Stadtwerke Biberach GmbH anstelle von Stadtrat Hans-Jürgen Dullenkopf, Stadtrat Hubert Hagel vorgeschlagen

TOP 15 Bekanntgabe - Vergabe Wohngebäude Memelstraße

OB Fettback gibt bekannt, dass der Beschluss „Vergabe Wohngebäude Memelstraße“ im Umlaufverfahren einstimmig gefasst worden war.

Gemeinderat, 26.09.2011, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:

OB Fettback

Stadtrat:

Wiest

Stadtrat:

Keil

Schriftführerin:

Stolz

Gesehen:

EBM Wersch

Gesehen:

BM Kuhlmann